

Arbeitsmarkt

„Arbeit für alle“

0. Inhalt

1. Einführung

2. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005

3. Was wurde von der unionsgeführten Bundesregierung erreicht?

4. Was muss noch geschehen?

1. Einführung

Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen sowie materiellem und immateriellem Wohlstand. Arbeitsteilige Gesellschaften bieten die Chance für Wohlstand und ein gutes Leben. Das Thema Arbeit ist mit Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen verbunden. Es ist die Hoffnung des Einzelnen, seinen Arbeitsplatz zu behalten, einen neuen zu finden oder Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kollegen zu erkennen. In einer Krisenzeit hingegen dominieren Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, schwindenden Kontakten, Aufstiegs- und Beschäftigungsperspektiven sowie sinkenden Einkommen. Diese Befürchtungen sind heute von besonderer Relevanz, da der Weltwirtschaftsboom der letzten Jahre jäh unterbrochen wurde.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-geführte Bundesregierung Maßnahmenpakete gegen die Krise auf den Weg gebracht, die zum einen den Finanzmarkt in seiner Funktion sichern sollen. Zum anderen sollen insbesondere mit der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes Überbrückungsmöglichkeiten in und aus der Krise ohne Arbeitslosigkeit ausgeweitet werden. Gleichzeitig sind eine Reihe von Möglichkeiten geschaffen und erweitert worden, die die Liquidität von kleinen, mittleren und großen Unternehmen unterstützen soll. Des Weiteren wurde die Investitionsförderung im Bereich von Forschung und Entwicklung, aber auch in Infrastruktur und Bildung gestärkt. All dies sind wichtige Beiträge zum Erhalt und zur Weiterentwicklung von Beschäftigungsperspektiven.

2. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005

Deutschland lag bis 2005 beim Wirtschaftswachstum in der EU nur allzu oft auf hinteren Plätzen. Nicht die Weltwirtschaft war Schuld, sondern dass zu lange die notwendigen Maßnahmen in Deutschland nicht angegangen wurden! Während die Weltwirtschaft rasant wuchs, trat Deutschland weitestgehend auf der Stelle. Dies wirkte sich auch auf dem Arbeitsmarkt aus. Bei Regierungsantritt Rot-Grün waren 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz und die Arbeitslosigkeit war geringer als im Durchschnitt der EU. Anfang 2005 waren 5,3 Millionen Menschen arbeitslos. Es gab in Deutschland einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahl – trotz eines weltweiten Wirtschaftsbooms – auf den höchsten Stand der Nachkriegsgeschichte.

3. Was wurde von der unionsgeführten Bundesregierung erreicht?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat durch ihre Politik eine – bis vor kurzem – sehr positive Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Ende 2008 hatten wir zwischenzeitlich nur noch gut 2,9 Millionen gemeldete Arbeitslose. Die Trendwende wurde geschafft. Im europäischen Vergleich haben wir das Tabellenende verlassen und befanden uns Ende 2008 wieder im Mittelfeld – wie 1998. Innerhalb von drei Jahren ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen im Jahresdurchschnitt um ca. 1,6 Millionen gesunken. In einer ähnlichen Größenordnung hatte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Erwerbstätigen seit 2005 zugenommen. Mit über 40 Millionen gab es im Laufe des letzten Jahres mehr Erwerbstätige als je zuvor in Deutschland.

Insbesondere junge Menschen profitierten vom Aufschwung, weil sie leichter einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Die Jugendarbeitslosigkeit hatte sich zwischenzeitlich verglichen mit 2005 halbiert.

Der unionsgeführten Bundesregierung ist gelungen, durch die Entlastung, vor allem der mittelständischen Unternehmen von Bürokratie, neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. In ersten Überarbeitungen der Hartz IV Gesetze wurde der Leistungsmissbrauch eingeschränkt und die Anreize für Arbeit gestärkt.

Die Erfolge der letzten Jahre waren zuallererst ein Erfolg der Menschen: Erfolge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die in den letzten Jahren vielfach eine Tarifpolitik mit Augenmaß und erfolgreiche Umstrukturierungen in den Unternehmen realisiert und damit stärkere Beschäftigungseffekte durch die gute Konjunktur im In- und Ausland ermöglicht haben. Es ist ein Erfolg von Arbeitslosen und Arbeitsvermittlern, die sich vielfach gemeinsam und intensiv um Beschäftigungsperspektiven bemüht haben. Der Erfolg geht aber auch auf die CDU-geführte Bundesregierung zurück, die eine ganze Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen hat. Die Lohnzusatzkosten sind auf weniger als 40 Prozent gesunken. Möglich wurde dies durch eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent innerhalb der laufenden Legislaturperiode. Diese Senkung der Lohnzusatzkosten macht Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger. Die Unternehmer investieren so eher in neue Arbeitsplätze. Die sinkenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung führen zudem zu Einsparungen in den Arbeitnehmerhaushalten.

Private Haushalte können den Personalkostenanteil von Handwerkerrechnungen und haushaltsnahen Dienstleistungen stärker als bislang steuerlich absetzen. Das schafft neue Arbeitsplätze in Haushalt und Handwerk.

Die Zahl der oft wenig erfolgreichen Personal-Service-Agenturen wurde deutlich zurückgefahren. Der bisherige Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) wurde mit dem Überbrückungsgeld zusammengeführt. Weitere Instrumente der Bundesagentur stehen auf dem Prüfstand und sollen zusammengefasst werden.

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes konnte die Union verhindern. Auf unserem Arbeitsmarkt kann ein solcher Mindestlohn von 7,50 Euro eine Million Arbeitsplätze vernichten. Die Erfolge der letzten Jahre am Arbeitsmarkt würden über die Krise hinaus noch zusätzlich gefährdet.

Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu erhöhen, wird der sogenannte Ausbildungspakt fortgeführt. Mit dem Job-Starter-Programm wird für eine regionale Verbesserung beim Ausbildungsplatzangebot für Jugendliche gesorgt. Durch die „Initiative 50 plus“ werden Unternehmen ermutigt, ältere Menschen einzustellen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, damit Langzeitarbeitslose besser betreut und schneller vermittelt werden. Leistungsmissbrauch bei Hartz IV wird konsequenter entgegengetreten. Unverheiratete Kinder unter 25 Jahren werden wieder grundsätzlich in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern einbezogen. Im Zusammenhang mit eheähnlichen Partnerschaften wurde die Möglichkeit des Missbrauchs von öffentlichen Geldern eingeschränkt. Hartz-IV-Leistungen wurden in den Neuen an das Westniveau angeglichen. Arbeitslosengeldempfänger mit Kindern wird ein Wahlrecht zwischen einem befristeten Zuschlag im Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II und dem Kinderzuschlag eingeräumt. Eine separate Anhebung für schulpflichtige Kinder erfolgte vor kurzem.

4. Was muss noch geschehen?

Jetzt kommt es darauf an, auch mit kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig geht es uns um mittel- und langfristig wirkende Politik, die dazu führt, dass sich die Beschäftigungsperspektiven verbessern. CDU und CSU bekennen sich zur Tarifautonomie zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

- Wir wollen die Tarifautonomie als ein Garant für die Stabilität des Standortes Deutschland stärken. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Der wichtigste Ansatzpunkt ist dabei, dass die Lohnfindung nicht verstaatlicht wird, sondern Aufgabe der Tarifpartner bleibt. Wer Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können. Das werden wir beim Arbeitnehmerentendegesetz weiter gewährleisten. Mit dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz greifen wir dort ein, wo keine Tarifbindung vorhanden ist. Zur Verhinderung von Lohndumping wollen wir das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.
- CDU und CSU gewährleisten Mindesteinkommen für Alle in Deutschland. Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen. Für uns gilt: Wer arbeitet,

muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Ein Mindesteinkommen macht Arbeit gerade auch für die Arbeitssuchenden ohne Berufsabschluss oder mit geringer Qualifikation, aber auch für Ältere in Unternehmen attraktiver. Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört. Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben.

- Unser Ziel bleibt die Stabilisierung der Lohnzusatzkosten. Damit begegnen wir der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder in die Schwarzarbeit. Gleichzeitig stärken wir die finanziellen Möglichkeiten gerade von personalintensiven Unternehmen und von Arbeitnehmern.
- CDU und CSU bekennen sich zu Deutschland als Industrie- und Hochtechnologiestandort, der die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs annimmt. Wir werden den dafür notwendigen Technologiewandel, wie zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie, politisch mit Nachdruck unterstützen. Denn die Beschäftigungsperspektiven von vielen Millionen Menschen sind damit eng verknüpft.
- Wir wollen mehr Sicherheit für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren und wegen der weltweiten Krise keinen neuen Arbeitsplatz finden können. Die Förderung der privaten Altersvorsorge ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen Altersarmut von breiten Bevölkerungsschichten. Deswegen ist der Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II pro Lebensjahr wesentlich zu erhöhen. Bedingung dabei ist, dass das Altersvorsorgevermögen erst mit Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist. Zusätzlich wollen wir die selbstgenutzte Immobilie umfassender schützen.
- Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. Wir begegnen den Sorgen vieler Menschen vor Abstieg und Überforderung, indem wir marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wird weiter Maßstab unseres Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.

- Wir brauchen eine gut arbeitende Bundesagentur für Arbeit (BA). Die verbesserte Arbeitsvermittlung und die weiteren Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik tragen zur sozialen Stabilität bei. Dennoch ist der Weg der Verbesserung auch in der BA nicht abgeschlossen. Gerade in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit wieder steigt, muss die BA noch besser werden, um noch mehr Menschen den Weg zurück in das Erwerbsleben zu ermöglichen.
- Der demografische Wandel eröffnet neue Berufsperspektiven. Besonderes Augenmerk ist auf Beschäftigungsperspektiven in personenbezogenen Dienstleistungen, wie etwa dem „Dienst am Menschen“ zu legen. Wir widmen dem „Dienst am Menschen“ ein Zukunftsprojekt. Gerade hier gilt für uns: „Qualifizierung geht vor Zuwanderung“. Wir werden die Attraktivität der Berufsgruppe der Kranken- und Altenpfleger steigern und Umschulungsprogramme in diese Berufsgruppe stärken. Wir wollen Weiterbildungsmaßnahmen für die Pflege von Angehörigen ausbauen und fördern.
- Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen. Wir werden die Programme zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt konsequent fortführen.
- Wir wollen den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver gestalten und einen Schwerpunkt auf Weiterbildung setzen. Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder wird neue Berufschancen eröffnen.
- Wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen. Soweit gesetzliche Regelungen notwendig sind, um den Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden wir diese durchsetzen.
- Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein. Wir wollen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Anreize zur Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Missbrauchsbekämpfung

verstärken. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll den Prinzipien des Förderns und Forderns entsprechen.

- Wir halten an dem Prinzip fest, dass die Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgt. Die Leistungen sollen dabei aus einer Hand erfolgen. Dazu werden wir Organisationsstrukturen schaffen, die effizient und ideologiefrei die organisatorische Kompetenz der BA und die gerade bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtigen örtlichen Kenntnis der Kommunen verbinden. Dazu zählt auch unser Bekenntnis zu Optionskommunen.
- Arbeit hat gerade für Menschen mit Behinderung einen besonderen Stellenwert. Wir wollen Menschen mit Behinderung mit fein gesteuerten Eingliederungszuschüssen unterstützen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken sind wichtige Eckpfeiler unserer Sozialpolitik.
- Die Mitbestimmung gilt es als Interessenvertretung der Arbeitnehmer zukunftsfähig, betriebsnah und beschäftigungsfreundlich fortentwickeln. Sie muss die zunehmende internationale Verflechtung der Unternehmen berücksichtigen.

Mathias Hübscher